

Gunnar Schupelius, März 2018: Bürgerbeteiligung

Wenn es um Flüchtlinge geht, wird die Bürgerbeteiligung kleingeschrieben

Am Beelitzhof 24 in Nikolassee errichtet der Senat einen Plattenbau für 480 Migranten und Flüchtlinge. 180 Nachbarn leben drumherum.

Sie wurden nicht gefragt und sind zu Recht empört.

Der Senat will bis zum Jahr 2021 an insgesamt 25 Standorten sogenannte "Modulare Unterkünfte für Flüchtlinge" bauen lassen, die im Behördenjargon "MUF" genannt werden.

Es handelt sich um Plattenbauten, die in kurzer Zeit errichtet werden können.

Die Anwohner erfahren meist sehr spät oder gar nicht davon, dass in ihrer direkten Nachbarschaft eine solche Unterkunft geplant wird.

Das ist erstaunlich, denn die rot-rot-grünen Politiker, die uns regieren, reden ja wie kein anderer darüber, dass man die Bürger an den politischen Entscheidungen beteiligen soll.

Am Beispiel einer geplanten Unterkunft in Nikolassee kann man aber erkennen, dass die Bürgerbeteiligung plötzlich ganz kleingeschrieben wird, wenn es um Flüchtlinge und Migranten geht.

An der Straße am Beelitzhof 24 soll eine Modulare Unterkunft für 480 Migranten und Flüchtlinge entstehen. Es werden zwei fünfgeschossige Plattenbauten und ein flaches Eingangsgebäude aus insgesamt 750 Fertigteilen errichtet.

Das Gelände gehörte den Wasserbetrieben. Hier konnten die Mitarbeiter Fußball und Tennis spielen. Die Wasserbetriebe verkauften es an den Senat, der dort ursprünglich Container für 220 Bewohner aufstellen wollte, „nur vorübergehend“, wie es hieß.

Plötzlich wurde aus der vorübergehenden Unterkunft für 220 Menschen eine dauerhafte für 480. Das Landesamt für Flüchtlinge lieferte die merkwürdige Begründung, am Beelitzhof 24 sei es wegen der nahe gelegenen Avus zu laut für dünnwandige Container. Man müsse deshalb ein "MUF" errichten, das besser vor Lärm schütze.

„Wir hatten nicht das Gefühl, dass unsere Meinungen gefragt wären“

Diese Entscheidung wurde den Anwohnern am 22. Februar 2018 vom Staatssekretär im Sozialsenat, Daniel Tietze (Linke) auf einer Informationsveranstaltung mitgeteilt.

„Wir hatten nicht das Gefühl, dass unsere Meinungen und Vorstellungen wirklich gefragt wären“, empörten sich die Nachbarn aus der Paul-Krause-Straße 6 in einem Brief an den Regierenden Bürgermeister Müller (SPD).

Etwa 180 Anwohner leben im direkten Umkreis der geplanten neuen "MUF" in Nikolassee. Ihnen werden 480 Neuankömmlinge vor die Nase gesetzt, von denen sie nicht wissen, um wen es sich handelt.

Von Bürgerbeteiligung ist nicht die Rede. Dabei ändert Rot-Rot-Grün ja gerade mit großem Trara die Bauordnung, auf dass künftig alle Anwohner informiert werden müssen, wenn in ihrer Nähe gebaut wird. Für die "MUFs" soll diese Regelung nicht gelten. Die errichtet man, ohne auch nur einen einzigen Nachbarn zu befragen.

Jeder normale Bürger muss für die kleinste Bautätigkeit stapelweise Genehmigungen und Gutachten einholen. Für eine "MUF" braucht man sie alle nicht.

Was sollen denn die Leute in Nikolassee denken, die mit einer solchen Ungleichbehandlung konfrontiert sind? Dass man sie nicht ernst nimmt, denken sie, dass sich in diesem Senat niemand für sie interessiert. Und genau so ist es ja auch.

Quelle: <https://www.bz-berlin.de/berlin/kolumne/wenn-es-um-fluechtlinge-geht-wird-die-buergerbeteiligung-kleingeschrieben> vom 23. März 2018